



STAATSGERICHTSHOF URTEILT GEGEN SCHWARZ-GELB

Der Staatsgerichtshof hat in mehreren Urteilen feststellen müssen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung ihre verfassungsrechtlichen Pflichten gegenüber den Städten und Gemeinden auf eklatante Weise verletzt. Immer wieder missachtet sie den Verfassungsgrundsatz, für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Besonders im bundesweiten Vergleich zeigt sich, wie desaströs die Finanzlage der hessischen Kommunen nach 15 Jahren Schwarz-Gelb geworden ist. Beim Haushaltsabschluss für das Jahr 2012 weisen die hessischen Kommunen im Bundesländervergleich mit 1,9 Milliarden Euro das mit Abstand höchste Defizit aus. In Baden-Württemberg haben die Kommunen dagegen Überschüsse von über 2,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Im Mai 2013 musste Ministerpräsident Bouffier seine vorerst letzte juristische Schlappe hinnehmen. Der Staatsgerichtshof hat der Klage der Stadt Alsfeld stattgegeben und das schwarz-gelbe Finanzausgleichsgesetz für verfassungs-



widrig erklärt. Die Landesregierung hat damit die Quittung dafür erhalten, dass sie dem KFA ab 2011 kurzerhand jährlich mehr als 340 Millionen Euro entzogen hat ohne vorher den tatsächlichen Finanzbedarf der hessischen Städte und Gemeinden überhaupt zu ermitteln. Durch ein anderes Urteil im Sommer 2012 musste das Land höchstrichterlich dazu gezwungen werden, den Kommunen die durch die Mindestverordnung für die Kinderbetreuung entstehenden Zusatzbelastungen zu erstatten. Von Anfang an haben wir GRÜNE den nun als verfassungswidrig eingestuftem Eingriff der Landesregierung in den

Kommunalen Finanzausgleich als un- ausgewogen und unsystematisch kritisiert. Mit unserem Konzept „Hessens Kommunen fair finanzieren“ haben wir einen Vorschlag vorgelegt, wie die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen auf eine neue Grundlage gestellt werden können. Die Gerichtsurteile zeigen nur zu deutlich, dass Schwarz-Gelb zu erschöpft und verbraucht ist, um eine umfassende Reform des KFA auf den Weg zu bringen. Auch pure Notmaßnahmen wie der vom Land 2012 aufgelegte „Schutzschirm“ für besonders hoch verschuldet hessische Kommunen führen nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzen. Eine echte Reform des KFA, die zu einer gleichmäßigen Entwicklung der kommunalen und der Landesfinanzen, und damit zu einem gerechten Ausgleich führt, ist zu einer der dringendsten Aufgabe für die nächste Legislaturperiode geworden.

MILLIONENGRAB KASSEL-CALDEN

TREFFEN SICH ZWEI FLUGGÄSTE IN CALDEN

Am 4. April wurde der „Flughafen Kassel-Calden“ formal eröffnet - geändert hat sich dadurch aber nicht viel: Flugzeuge bleiben eine Seltenheit und sind aus Calden weiterhin vor allem in großer Höhe zu sehen..

Dieser „Flughafen“ ist ein Millionengrab, für das CDU, FDP und SPD verantwortlich sind. Bereits vor zehn Jahren warnte ein Gutachter zusammen mit uns GRÜNEN, dass der Neubau mindestens 250 Millionen Euro kosten würde. Und es ist sogar noch schlimmer gekommen: Mittlerweile liegen die Investitionskosten bei

271 Millionen Euro - geplant waren 151 Millionen Euro.

Dazu kommen die jährlichen Betriebskosten. Ab 2018 soll der „Flughafen“ schwarze Zahlen schreiben. Allerdings befindet sich dieser Zeitplan auf sehr dünnem Eis - denn wie soll ein Flughafen ohne Passagiere gewinnbringend wirtschaften?

PEINLICHE LACHNUMMER

Und wozu das alles? Die ganze Republik lacht bereits über den Flughafen, den „keine Sau braucht“ (Günter Jauch bei

Wer wird Millionär?).

Passagiere werden mit dem Taxi nach Paderborn gebracht, ein Flugzeug verfährt sich auf der Startbahn, der einzige Linienflug fällt regelmäßig aus.

So kann es nicht weitergehen. Wir fordern daher eine strenge Kostenkontrolle und werden die Kostenentwicklung dann auch kontrollieren. Es können nicht ewig Unmengen an Steuergeldern in einen schlechten Witz fließen.





VÖLLIG UNSERIÖSE FINANZPOLITIK VON SCHWARZ-GELB

Von wegen: Schwarz-Gelb kann mit Geld umgehen. In fünfzehn Regierungsjahren haben CDU und FDP die Verschuldung des Landes Hessen auf über 42 Milliarden Euro verdoppelt und gleichzeitig das Vermögen des Landes in großen Teilen verschleudert.

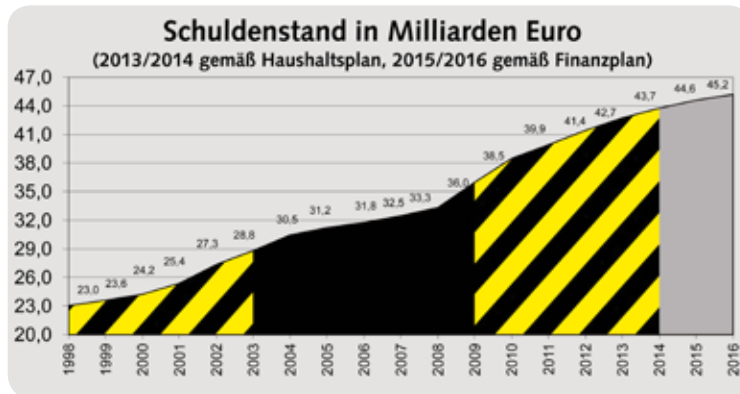
Insgesamt übersteigen die Schulden und Verpflichtungen Hessens in der Bilanz zum Jahresende 2011 sein Vermögen um mehr als 70 Milliarden Euro. Und die Verschuldungspolitik geht weiter: Für das laufende Jahr plant Finanzminister Schäfer (CDU) weitere 1,3 Milliarden Euro neue Schulden. Hessen weist damit die dritthöchste Pro-Kopf-Neuverschuldung aller Flächenländer auf – nur das Saarland und Rheinland-Pfalz schneiden noch schlechter ab. Und dabei sind die Kosten für ungelöste Zukunftsfragen wie der dringend nötige Ausbau der Kinderbetreuung und eine verlotternde Infrastruktur noch gar nicht mit einberechnet. Zusätzlich reist die neueste Steuerschätzung ein Loch von 200 Millionen Euro in den Haushalt 2013 und von 250 Millionen Euro in den Haushalt 2014. Alles zusammen ist ein zusätzliches Haushaltsloch von mindestens 500 Millionen Euro entstanden.

SCHULDENBREMSE STOTTERT

Diese desaströse Bilanz zeigt: Schwarz-Gelb hat keine Antwort darauf, wie die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Vor zwei Jahren stimmten in der Volksabstimmung 70 Prozent der Hessen dafür, die Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen – auch mit

GRÜNER Unterstützung. Ab 2020 darf Hessen damit keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Bis heute laufen CDU

System solche Länder viel zu wenig, die aus eigener Kraft höhere Einnahmen erzielen wollen. Der Finanzausgleich muss dringend reformiert werden, wozu auch eine ernsthaft ausgearbeitete Klage vor dem Bundesverfassungsgericht beitragen kann. Allerdings hat Schwarz-Gelb die letzten Jahre mit Polemik vertan, statt ein eigenes Reformmodell zu entwickeln.



und FDP aber genau in die entgegengesetzte Richtung.

ABLENKUNGSMANÖVER

Um vom hausgemachten Finanzdesaster abzulenken, schüren CDU und FDP immer wieder Neiddebatten um den Länderfinanzausgleich (LFA). Als Wahlkampfinszenierung folgte die Klage der schwarz-gelben Landesregierung. Tatsächlich belohnt das einst von Ministerpräsident Koch (CDU) und Finanzminister Weimar (CDU) ausgehandelte

EHRliche FINANZPOLITIK

Hessen braucht keine Landesregierung, die nur von der Schuldenbremse redet und die Verantwortung für eigenes Versagen bei anderen sucht. Hessen braucht eine Regierung, die handelt. Deshalb haben wir GRÜNE das Konzept „Hessen tritt auf die Schuldenbremse“ erarbeitet, das auf Euro und Cent vorrechnet, wie Hessen ohne neue Schulden auskommt und gleichzeitig in Bildung, Umwelt und Kinderbetreuung investieren kann. Wir GRÜNE wollen nichts versprechen, was

KONZEPTE FÜR HESSEN IM BEREICH FINANZEN (STAND 6/2013)

Hessens Weg aus der Schuldenfalle: Als erste der im Landtag vertretenen Fraktionen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits 2010 Vorschläge zur Umsetzung der im Grundgesetz und inzwischen auch in der Hessischen Verfassung verankerten Schuldenbremse erarbeitet.

Hessen tritt auf die Schuldenbremse: Angesichts eines Schuldenbergs von über 42 Milliarden Euro und einer für 2013 geplanten Neuverschuldung von rund 1,3 Milliarden Euro steht Hessen vor einer gewaltigen Aufgabe, für die wir ein umfassendes mit Zahlen unterlegtes Konzept vorgelegt haben. Bis zum Jahr 2020 wollen die GRÜNEN das strukturelle Defizit von 1,9 Milliarden Euro schrittweise abbauen, einen Haushalt ohne neue Schulden ermöglichen und damit die Schuldenbremse einhalten.

Hessens Kommunen fair finanzieren: Möglichst gerecht, einfach und verständlich wollen wir den Kommunalen Finanzausgleich neu gestalten und haben deshalb einen Reformvorschlag aus einem Guss vorgelegt.

Weitere Informationen und Konzepte: www.gruene-hessen.de/konzepte



ELLEN ENSLIN



Sprecherin für Kommunales und Datenschutz

Tel.: 0611/350 620
e.enslin@ltg.hessen.de
www.ellen-enslin.de

SIGRID ERFURTH



Stellv. Fraktionsvorsitzende / Sprecherin für Finanzen, Europa und Werra

Tel.: 0611/350 743
s.erfurth@ltg.hessen.de
www.sigrid-erfurth.de



wir nicht halten können. Deshalb sagen wir ehrlich, dass für einen leistungsfähigen Staat mit moderner Infrastruktur auch Ausgabekürzungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen nötig sind. In unserem Konzept zeigen wir, wo Hessen unnötige Ausgaben und Subventionen streichen kann und welche Einsparungen durch effizienteres staatliches Handeln möglich sind.

GERECHTE STEUERPOLITIK

In der Steuerpolitik wollen wir, dass breitere Schultern mehr tragen und die Belastung der kleinen Einkommen sinkt. Deshalb schlagen wir auf Bundesebene vor, den Grundfreibetrag deutlich anzuheben und gleichzeitig den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent zu erhöhen. Mit einer Vermögensabgabe für Millionäre wollen wir die Schulden aus der Finanzkrise abbauen und mit der

Besteuerung großer Erbschaften mehr Investitionen in Bildung ermöglichen. Unsere Vorschläge sind ehrlich und realistisch, während die erschöpfte und verbrauchte Regierung Bouffier den Schuldenabbau auf den St.-Nimmerleinstag verschieben will.

WENIGER BELASTUNG DURCH DEN FLUGHAFEN FRANKFURT KEIN TERMINAL 3, LÄRMOBERGRENZEN UND EIN NACHTFLUGVERBOT VON 22:00 BIS 6:00 UHR

Die neue Nordwestlandebahn des Frankfurter Flughafens war und ist ein Fehler, der zu einer dramatischen Zunahme der Lärmbelastungen der Menschen im Rhein-Main-Gebiet geführt hat. Damit ist die Schmerzgrenze überschritten. Wir GRÜNE wollen eine deutliche Reduzierung der Belastungen; deshalb fordern



wir den Verzicht auf den Bau des Terminal 3, ein Nachtflugverbot zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr, verbindliche Lärmobergrenzen, eine Deckelung der Zahl der Flugbewegungen sowie die Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger an der Festlegung der Flugrouten ein.

ZUR ENERGIEWENDE GEHÖRT DIE VERKEHRSWENDE

Mit dem Bus zur Arbeit, mit dem Fahrrad zum Badesee und das Auto für den Großeinkauf.

Steigende Benzinpreise und lange Stauzeiten verstärken den Trend zu einem pragmatischeren Umgang mit den Verkehrsmitteln – und weg vom eigenen



Nette Idee, aber keine Verkehrswende

Auto. Immer mehr Menschen ist nicht mehr das „Besitzen“ wichtig, sondern das „Benutzen“ – und zwar immer das Verkehrsmittel, das gerade am praktischsten ist. Eine moderne Verkehrspolitik muss das Aufgreifen und Alternativen anbieten. Nur wenn eine gute Infrastruktur für Bus, Bahn und Fahrrad besteht, haben die Verkehrsteilnehmer eine echte Wahlfreiheit. Und das hilft dann auch noch dem Klima.

Da die Verkehrspolitik der schwarzen Landesregierung immer noch vorwiegend in den Kategorien des Betonmischers denkt, ist ein beherztes Umsteuern notwendig.

Wir wollen eine Verkehrspolitik, die für

den Menschen und nicht für das Auto gemacht ist. Busse und Bahnen sollen gestärkt werden, Zufußgehen und Radfahren eine Renaissance erleben.

Ein erweitertes Angebot des öffentlichen Verkehrs sowohl für den Alltagsverkehr als auch für den Fernverkehr macht ein eigenes Auto zumindest in den Ballungsräumen quasi überflüssig. Ergänzt werden soll das durch Mobilitätsdienstleistungen wie Carsharing.

CO2-AUSSTOSS VERRINGERN

Durch Vermeidung, Verbesserung und Verlagerung des Verkehrs ist es möglich 30 Prozent des CO2-Ausstoßes bis 2020 im Vergleich zu 1990 einzusparen.

FRANK KAUFMANN



Sprecher für Haushalt, Flughafen Frankfurt, Landesentwicklung und Regionalplanung

Tel.: 0611/350 747
fp.kaufmann@ltg.hessen.de
www.frank-kaufmann.de

KARIN MÜLLER



Verkehrspolitische Sprecherin

Tel.: 0611/350 745
karin.mueller@ltg.hessen.de
www.karin-mueller-mdl.de



SCHNELLE ANTWORT AUF WOHNUNGSNOT IN DEN STÄDTEN

SCHWARZ-GELB HAT DIE WOHNUNGSPOLITIK IN HESSEN SYSTEMATISCH AUSBLUTEN LASSEN

Hessens Wohnungsmarkt gerät in immer größere Schieflage. In den ländlichen Regionen stehen Häuser und Wohnungen leer. Dafür herrscht in den Ballungsräumen und auch in den Uni-Städten akuter Wohnraummangel. Statt endlich auf die dramatische Entwicklung zu reagieren, hat Schwarz-Gelb die Wohnungspolitik in Hessen systematisch ausbluten lassen: Jährlich läuft in Hessen die Sozialbindung für rund 3.000 Wohnungen aus. Über 40.000 Haushalte in Hessen suchen eine Sozialwohnung. Dagegen hat die Landesregierung im gesamten Jahr 2011 gerade einmal 565 neue Sozialwohnungen vorzuweisen.

SCHWARZ-GELB IST NICHT IN DER LAGE UMZUSTEUERN

In ihrem neuen Wohnraumförderungsgesetz hat die Landesregierung die Situation auch noch verschärft und die Priorität auf die Förderung von Eigenheimen statt auf den Bau von Sozialwohnungen gelegt. Es zeigt sich: Schwarz-Gelb ist nicht in der Lage, umzusteuern. Nach der Landtagwahl ist ein vollständiger Neuanfang in der Wohnungspolitik nötig. Wichtigstes Ziel GRÜNER Wohnungspolitik wird es sein, schnell auf die akute Wohnungsnot zu antworten. Durch die vollständige Konzentration der bereits jetzt zur Verfügung stehenden Wohnraumförderungsmittel auf den Mietwohnungsbau und die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe können in Hessen über 1.000 Sozialwohnungen pro Jahr errichtet werden.



Michael Staudinger / pixelio.de

Dazu wollen wir das Wohnraumförderungsgesetz novellieren. Durch die Mobilisierung von Flächen für den Bau von bezahlbarem Wohnraum werden wir den Wohnungsmarkt in den Wachstumsregionen Hessens entlasten und die Mietpreisentwicklung dämpfen. Um die

Natur- und Naherholungsräume so weit wie möglich zu schonen, gilt der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“.

KEIN AUSVERKAUF ÖFFENTLICHER UNTERNEHMEN

Mit uns wird es keinen Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen geben. Insbesondere die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt bleibt ein zentraler Partner des Landes und seiner Kommunen. Öffentliche Unternehmen sind – gemeinsam mit den Genossenschaften – für den hessischen Wohnungsmarkt unverzichtbar und müssen beim energieeffizienten Bauen und Renovieren unterstützt werden. Ebenso wichtig ist die Anpassung der Wohnungsbestände an den demographischen Wandel.

KONZEPTE FÜR HESSEN IM BEREICH WIRTSCHAFT & VERKEHR (STAND 6/2013)

Äpfel, Apps und Grüner Aufbruch – Grüne Wirtschaftspolitik für Hessen: Wir stellen uns den wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft und zeigen Alternativen zur Wirtschaftspolitik mit dem Betonmischer auf, die von der amtierenden Landesregierung praktiziert wird. Schon durch seinen Titel ‚Äpfel, Apps und GRÜNER Aufbruch‘ wird klar: Wir wollen Tradition und Moderne genauso vereinen wie ökonomischen Erfolg mit ökologischer Vernunft.

Zu nah, um schön zu sein? Tourismuspolitik für Hessens Regionen: Das Potenzial Hessens im Bereich Tourismus ließe sich besser ausschöpfen, als das bisher der Fall ist. Hessen stellt sich noch nicht ausreichend dem seit Jahren wachsenden Trend zum Themen- und sanften Tourismus. Die Rahmenbedingungen, die das Land setzt, müssen deshalb verbessert werden. Wir GRÜNE begreifen die Tourismusförderung immer auch als Stärkung der Regionen: Ist eine Region touristisch attraktiv, ist sie es auch für die dort lebende Bevölkerung.

Zukunft der Mobilität – Energiewende nur mit Verkehrswende: Unser GRÜNES Verkehrskonzept zeigt auf, wie durch Vermeidung, Verbesserung und Verlagerung des Verkehrs der Klimaschutz vorangetrieben und das Mobilitätsbedürfnis der Menschen gewährleistet werden kann. Im Vergleich zum Jahr 1990 könnte so bis zum Jahr 2020 30 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes (CO₂) eingespart werden. Erreicht werden soll dies durch eine Verkehrswende, die sowohl den Personen- als auch den Güter- und Luftverkehr umfasst.

Weitere Informationen und Konzepte: www.gruene-hessen.de/konzepte



KAI KLOSE



Sprecher für Wirtschafts-, Wohnungs-,
Lesben- und Schwulenpolitik

Tel.: 0611/350 673
k.klose@ltg.hessen.de
www.kai-klose.de

IMPRESSUM

Herausgeberin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

Druck: Juni 2013

V.i.S.d.P.
Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout
T. Haupt, P. Lassay, S. Wanner

Fotos
Eigene, pixelio.de